



# Niederschrift

über die 22. Sitzung  
des Jugendhilfeausschusses der Stadt Lippstadt  
am 26.11.2008

(bis Top 4 in gemeinsamer Sitzung mit dem Seniorenbeirat der Stadt Lippstadt)

<b>Sitzungsraum:</b>	Caritas-Seniorenwohnheim St. Annen-Rosengarten
<b>Beginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Ende:</b>	19:50 Uhr

<b>Vorsitzende:</b>		
1	Annette Bergschneider	FDP-Fraktion

<b>Anwesend waren:</b>		
2	Josef Franz	CDU-Fraktion
3	Helga de Horn (Top 1 - 4)	CDU-Fraktion
4	Heike Igel	CDU-Fraktion
5	Axel Bohnhorst	CDU-Fraktion
6	Hans Zaremba	SPD-Fraktion
7	Gabriele Oelze-Krähling	SPD-Fraktion
8	Antonius Matthias	SPD-Fraktion
9	Andrea Heymann	BG-Fraktion
10	Wilhelm Glarmin	Ordentliches Mitglied
11	Dorothee Großekathöfer	Ordentliches Mitglied
12	Beatrix Geisen	Ordentliches Mitglied
13	Andreas Knapp	Ordentliches Mitglied
14	Björn Langert	Ordentliches Mitglied
15	Sandra Nolte	Stv. ordentliches Mitglied
16	Eva Brinkmann	Beratendes Mitglied
17	Manfred Schnieders	Beratendes Mitglied
18	Horst Regelman	Beratendes Mitglied
19	Thomas Hartmann	Beratendes Mitglied
20	Gerhardus Koers (Top 1 - 4)	Beratendes Mitglied
21	Ute Stockhausen	Beratendes Mitglied
22	Heinz Gesterkamp	Beratendes Mitglied
23	Nicole Heimlich	Stv. beratendes Mitglied

<b>Seitens der Verwaltung:</b>		
	Wolfgang Roßbach	FB Jugend und Soziales
	Helga Rolf	FD Soziale Dienste
	Anita Polder	FD Soziale Dienste
	Klaus Rennkamp	FD Allgemeine Jugendhilfe

<b>Ferner waren anwesend:</b>		
	Herr Martin Fischer	Graf-Bernhard-Realschule
	Herr Ulrich Formann	Edith-Stein-Realschule
	Herr Armin Wiegard	Drost-Rose-Realschule

Vor Beginn der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Seniorenbeirates begrüßte die Ausschussvorsitzende, Frau Bergschneider, den Leiter des Caritas-Seniorenwohnheimes St. Annen-Rosengarten, Herrn Weweler, und sprach ihm ihren Dank für die Bereitstellung des Sitzungsraumes aus.

Im Anschluss daran gab Herr Weweler einen umfassenden Überblick über die als Hausgemeinschaft konzipierte Einrichtung des Caritasverbandes im Zentrum der Stadt Lippstadt.

Danach eröffnete Frau Bergschneider die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Seniorenbeirates, begrüßte die Mitglieder der beiden Gremien, die VertreterInnen der Verwaltung, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

Nach Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit verpflichtete Frau Bergschneider das stellvertretende ordentliche Mitglied des Jugendhilfeausschusses, Frau Sandra Nolte, entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW.

## In öffentlicher Sitzung

### 1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

### 2. **Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz)**

**hier: Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 03.09.2008**

**MV 207/2008**

Nach Bekanntgabe des Tagesordnungspunktes gaben Frau Polder und Herr Roßbach anhand der als Anlage 1 beigefügten Darstellungen einen Überblick über die Erhöhung des Pflegebeitragssatzes um 0,25 % auf 1,95 % sowie über die weiteren Kernpunkte des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes (PfwG).

Danach entwickelte sich eine intensive Diskussion über die Einrichtung von Pflegestützpunkten, an der sich die Ausschussmitglieder Frau Brinkmann, Frau de Horn sowie die Herren Franz, Glarmin, Koers, Matthias, Roßbach und Zaremba beteiligten.

Verwaltungsseitig wurde ausgeführt, dass die Pflegestützpunkte künftig Beratungsleistungen aus einer Hand (Vernetzung bisher auf viele unterschiedliche Träger verteilter Beratungsangebote) anbieten und eine wohnortnahe Beratung, Versorgung und Betreuung sicherstellen sollen. Die Organisation der Stützpunkte werde im Kreis Soest durch die AOK als der Pflegekasse vorgenommen, die die meisten Pflegefälle im Kreisgebiet betreut. Des Weiteren sei der Kreis Soest in die Organisation eingebunden und es habe bereits ein erstes Abstimmungsgespräch stattgefunden. Innerhalb des Kreises Soest würden voraussichtlich drei Pflegestützpunkte aufgebaut, wovon einer mit 2 Vollzeitkräften (Fallmanager) in der Stadt Lippstadt eingerichtet werde.

Herr Franz ging zunächst in einem Rückblick auf die Entwicklung des PFWG ein und stellte fest, dass gegenüber der ursprünglichen Überlegung nunmehr eine Minimallösung gefunden worden sei. Herr Zaremba bezeichnete die Entwicklung als enttäuschend und zweifelte die Sinnhaftigkeit einer Ansiedlung der Stützpunkte an den Pflegekassen an. Frau de Horn und Herr Glarmin übten ebenfalls Kritik an dem PFWG, zum einen hinsichtlich der durch die Einrichtung der Stützpunkte anfallenden Zusatzkosten und zum anderen wegen unzureichender Koordinierungsmöglichkeiten der neuen Stützpunkte.

Herr Matthias stellte fest, dass die Beratung durch die Pflegekassen ganzheitlich erfolgen müsse und sich nicht nur auf die Vermittlung kostengünstiger Betreuungsplätze beschränken dürfe. Auf Nachfrage von Frau Brinkmann wurde verwaltungsseitig mitgeteilt, dass für die Wahl der Pflegekassen der Zeitpunkt der Einrichtung der Pflegestützpunkte maßgeblich sei und dass die Personal- und Sachkosten im Rahmen einer Mischfinanzierung durch die Pflegekassen und ggf. durch die Kommunen getragen werden. Herr Koers wies abschließend noch einmal auf die zeitliche Verschiebung der Einrichtung der Pflegestützpunkte vom 1. Januar 2009 auf Anfang Mai 2009 hin.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

3. **Teilnahme der Stadt Lippstadt an dem Bundesprogramm "Aktiv im Alter - Mitgestalten und Mitentscheiden - Ältere Menschen in Kommunen" BV 258/2008**

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch die Ausschussvorsitzende, Frau Bergschneider, wurden verwaltungsseitig die Ziele des Bundesprogramms "Aktiv im Alter - Mitgestalten und Mitentscheiden - Ältere Menschen in Kommunen" umfassend erläutert. Frau Rolf gab weitergehende Informationen zu der geplanten Umfrage bei Lippstädter Bürgerinnen und Bürgern ab dem 60. Lebensjahr zur Feststellung der Bedarfslagen und Zufriedenheit der jetzigen Lebensbedingungen vor Ort. Darüber hinaus wies sie auf die Schulung der Interviewer hin.

Auf Nachfrage von Herrn Gesterkamp teilte Herr Roßbach mit, dass die Auswertung der Umfrageergebnisse in der Verwaltung erfolge und dem Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis und weiteren Beratung zugeleitet werde. Hinsichtlich der von Herrn Gesterkamp vorgeschlagenen Erweiterung des Fragenkatalogs zu Themen wie "Soziale Situation" und "Altersgerechtes Wohnen" wies Herr Roßbach auf die Probleme bei der Auswertung derartiger Fragen bei einer nicht flächendeckenden Umfrage hin. Da es sinnvoller sei, diese Fragen gesondert zu betrachten, sollte über Bereiche wie "Grundsicherung" und "Wohngeld" in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses berichtet werden. Herr Gesterkamp erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Frau Geisen regte an, bei der Befragung von Senioren mit Migrationshintergrund auch die Migrationsberatungsstellen einzubinden. Herr Regelman hielt eine Ausdifferenzierung des Teils 4 "Qualität der sozialen Umwelt" für erforderlich. Ferner sollten bei der Wahl der Interviewer auch Personen mit Kenntnissen in der Gebärdensprache eingesetzt werden. Frau Deluweit empfahl die Erweiterung des Teils 2 des Fragebogens "Qualität der Versorgung mit öffentlichen Gütern und Diensten" um die Feststellung des Zufriedenheitswertes mit der Erreichbarkeit der städt. Volkshochschule.

Danach fassten der Seniorenbeirat unter dem Vorsitz von Herrn Koers und der Jugendhilfeausschuss unter dem Vorsitz von Frau Bergschneider in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig folgenden Beschluss:

"Seniorenbeirat und Jugendhilfeausschuss stimmen dem im Entwurf vorgelegten **Umfragebogen** „Befragung von Lippstädter Bürgerinnen und Bürger ab 60“ (Anlage 2) und dem vorgelegten **Programmablauf** zur Durchführung des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Programms „Aktiv im Alter – Mitentscheiden – Mitgestalten – Ältere Menschen in den Kommunen“ (Anlage 3) zu.

Die erforderlichen Mittel zur Durchführung des Bundesprogramms werden gedeckt durch den Zuschuss des Bundes in Höhe von 10.000,00 €."

(Einstimmig zugestimmt)

4. **Markt der Möglichkeiten für Senior/innen - Aktiv im Alter am 17./18.01.2009**  
**MV 215/2008**

Frau Bergschneider wies einleitend zu diesem Tagesordnungspunkt auf die bereits in den Jahren 2002, 2004 und 2007 erfolgreich durchgeführten Veranstaltungen mit dem Titel "Markt der Möglichkeiten für Senioren" mit verschiedenen Schwerpunktthemen hin.

Im Anschluss daran wurden verwaltungsseitig ergänzende Informationen zu den vom Seniorenbeirat in seiner Sitzung am 18.09.2008 festgelegten Programmpunkten gegeben. Auf Wunsch von Herrn Zaremba wurde ferner zugesichert, auch dem Thema "Demografie" einen angemessenen Informations- bzw. Diskussionsrahmen auf dem "Markt der Möglichkeiten" am 17./18. Januar 2009 in der städt. Volkshochschule einzuräumen.

Ansonsten nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

Nach der Beratung des Tagesordnungspunktes 4 wurde die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Seniorenbeirates beendet.

5. **Einführung von Schulsozialarbeit an den drei Lippstädter Realschulen (Drost-Rose-Realschule, Edith-Stein-Realschule und Graf-Bernhard-Realschule) im Jahr 2009**  
**BV 248/2008**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte die Ausschussvorsitzende, Frau Bergschneider, besonders die Schulleiter der drei Lippstädter Realschulen:

Herr Fischer (Graf-Bernhard-Realschule),  
Herr Formann (Edith-Stein-Realschule),  
Herr Wiegard (Drost-Rose-Realschule).

Unter Hinweis auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion der Bürgergemeinschaft und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Lippstadt auf Ausweitung der Schulsozialarbeit vom 6. Februar 2008 berichtete Herr Roßbach zunächst über die in den vergangenen Monaten verwaltungsseitig geführten Gespräche in dieser Angelegenheit mit den vg. Schulleitern.

Darüber hinaus wurde die bereits jetzt erfolgende Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der Schulsozialarbeit an den drei Realschulen dargestellt.

Danach erläuterte Herr Roßbach anhand des in Anlage 2 der Niederschrift dargestellten Schaubildes drei Modelle zur Umsetzung der Schulsozialarbeit, wobei das Modell 1 (Umwandlung von Lehrerstellen) von allen Beteiligten favorisiert wurde. Des Weiteren wurde dem Jugendhilfeausschuss der Verfahrensweg von der Antragstellung bis zur Entscheidung über die Einführung von Schulsozialarbeit durch die Bezirksregierung aufgezeigt.

Im Anschluss daran stellte Herr Fischer stellvertretend für die Schulleiter die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit fest und verwies in diesem Zusammenhang auf die durchgeführte Bedarfsanalyse. Darüber hob er die Bedeutung von Schulsozialarbeit als niederschwelliges Gesprächs- und Beratungsangebot an der Schule hervor. Schulsozialarbeiter/innen seien Beratungspartner, die weder Beurteiler noch Personen sind, die Sanktionen verüben. Sie könnten somit Hilfestellung bieten, damit die Betroffenen selbst zu einer Lösung ihrer Probleme fänden. Weiterer Vorteil von Schulsozialarbeit sei die Möglichkeit der Koordinierung mit der Jugendhilfe vor Ort.

Nach diesen Ausführungen stellte Herr Gesterkamp fest, dass die Einführung der Schulsozialarbeit auf jeden Fall begrüßt werde, aber eine Umwandlung von Lehrerstellen in entsprechende Sozialarbeiterstellen aufgrund des aus seiner Sicht bestehenden Lehrerberarfs befremdlich wirke. Auf seine weitere Nachfrage wurde verwaltungsseitig mitgeteilt, dass weitergehende Informationen zur Einführung der Schulsozialarbeit an den drei Realschulen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14. Januar 2009 und in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 20. Januar 2009 gegeben werden.

Die von Frau Igel aufgeworfene Frage nach der Aufrechterhaltung der Streitschlichterprogramme wurde bejaht.

Die Herren Franz und Glarmin begrüßten für ihre Fraktionen die geplante Einführung der Schulsozialarbeit. Auf Nachfragen von Herrn Glarmin wurde verwaltungsseitig ausgeführt, dass die Qualifizierung der Schulsozialarbeiter durch Maßnahmen des Ministeriums, des Landesjugendamtes und des Institutes für soziale Arbeit gewährleistet sei und dass die Dienst- und Fachaufsicht beim Schulleiter liege.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Zaremba zur Meldung entsprechender Haushaltsmittel für das Haushaltsjahr 2009 zur Einrichtung von Schulsozialarbeit an den Realschulen im kommenden Schuljahr wurde positiv beantwortet.

Abschließend stellte Herr Roßbach fest, dass perspektivisch auch die Einführung von Schulsozialarbeit an den Grundschulen zu erwägen sei.

Sodann beschloss der Ausschuss:

- I. Die Stadt Lippstadt sieht die grundsätzliche Notwendigkeit, dass sozialpädagogische Fachkräfte (Schulsozialarbeiter/innen) an den drei Lippstädter Realschulen

- Drost-Rose-Realschule, Dusterweg
- Edith-Stein-Realschule, Dusterweg und
- Graf-Bernhard-Realschule Lipperode

eingesetzt werden, um damit einen Beitrag zu leisten, die Lebensbedingungen junger Menschen durch ein erweitertes sozialpädagogisches Angebot zu verbessern.

- II. Zur Umsetzung der regelmäßigen Präsenz von sozialpädagogischen Fachkräften an den drei Realschulen wird der Einsatz im Umfang von

- einer 0,5 Stelle an der Drost-Rose-Realschule,
- einer 0,5 Stelle an der Graf-Bernhard-Realschule und
- einer ca. 0,3 Stelle an der Edith-Stein-Realschule

angestrebt.

- III. Die Verwaltung wird insbesondere unter Berücksichtigung der neuen Erlasslage des Schulministeriums vom 25.04.2008 und von Juli 2008 zur Umsetzung der Maßnahmen beauftragt, gemeinsam mit den beteiligten Realschulen die weiteren Entscheidungen so herbeizuführen, dass im Jahre 2009 die Schulsozialarbeit an den Realschulen eingeführt werden kann.

Voraussetzung für die Mitfinanzierung bzw. personelle Beteiligung durch die Stadt Lippstadt ist, dass das Land NRW bzw. die Schule sich an der Finanzierung der Personal- und Sachkosten angemessen beteiligt.

Dabei sind u. a. die **neuen Landeserlasse** zur „Beschäftigung von Fachkräften für Schulsozialarbeit“ vom 25.04.2008 und zur Ganztagsoffensive von Juli 2008 („Geld oder Stelle“ und „gebundene Ganztagsrealschule“ bei der Umsetzung zu berücksichtigen.

- IV. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, unter Berücksichtigung der verschiedenen Landesprogramme möglichst bis zu den Etatberatungen 2009 die finanziellen Auswirkungen bzw. den Einsatz der städtischen Mittel konkreter darzulegen.

(Einstimmig zugestimmt)

6. **Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Lippstadt bis zum Jahr 2013;**  
**hier: Schreiben des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW vom 10.09. 2008**  
**MV 213/2008**

Nach weiteren, ergänzenden Ausführungen zur Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt wurde verwaltungsseitig mitgeteilt, dass die konkrete Planung über den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren für den Zeitraum 2009 bis 2013 dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 14. Januar 2009 vorgelegt wird.

Im Übrigen nahm der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

7. **Förderung der Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten im Jahr 2008**  
**hier: Umverteilung der Fördermittel des Landes**  
**BV 284/2008**

(Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes nahm Herr Langert im Zuhörerraum Platz.)

Nach Bekanntgabe der Vorlage durch die Vorsitzende beschloss der Ausschuss ohne weitere Aussprache:

"Die aufgrund der vorübergehenden Schließung der Jugendfreizeiteinrichtung

Elisabeth-Heim (E-Heim), Elisabethstraße 4, Lippstadt

im Jahr 2008 eingesparten "Landesmittel" (Betriebskostenzuschüsse) in Höhe von 5.060,66 € werden im Rahmen einer geänderten Bedarfseinschätzung den Jugendfreizeiteinrichtungen

"Shalom", Brüderstraße 3	4.400,00 €
Begegnungszentrum "Mikado", Wohnpark Süd	660,66 €

zugeteilt."

(Einstimmig zugestimmt)

## 8. Verschiedenes

- a) Verwaltungsseitig wurde der Jugendhilfeausschuss über den Antrag des Ortsvorstehers des Stadtteils Lipperbruch, Herrn Schmich, vom 19.11.2008 auf Gewährung eines freiwilligen Zuschusses zur Durchführung einer Reparatur im offenen Jugendtreff Lipperbruch "Youth factory" informiert.

Auf Antrag von Herrn Zaremba fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

"Für die Durchführung einer Reparatur im offenen Jugendtreff im Stadtteil Lipperbruch "Youth factory" wird ein freiwilliger städtischer Zuschuss in Höhe von 700,00 € gewährt. Träger des offenen Treffs im Stadtteil Lipperbruch ist der Malteser Hilfsdienst Lippstadt.

Die Maßnahme wird finanziert aus dem Produktsachkonto 006.003.001 (5339170/7339170) - Pauschale Förderung offener Jugendarbeit freier Träger von Jugendtreffpunkten -."

(Einstimmig zugestimmt)

- b) Herr Zaremba erinnerte an die Erstellung eines integrationspolitischen Leitbildes für die Stadt Lippstadt. Verwaltungsseitig wurde zugesagt, diese Anfrage an den zuständigen Fachbereich Recht und Ordnung weiterzuleiten und den Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 14. Januar 2009 entsprechend zu unterrichten.
- c) Frau Geisen teilte mit, dass eine Gruppe von jungen MigrantInnen im Rahmen der Arbeit des Jugendmigrationsdienstes der Arbeiterwohlfahrt eine Befragung in 8 Lippstädter Schulen über die Lebenssituation und die Bedarfe von eingewanderten Jugendlichen durchgeführt habe. Sie regte an, dass die Ergebnisse der Befragung gelegentlich im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden.
- d) Frau Bergschneider gab die Sitzungstermine des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2009 bekannt:

- 14. Januar 2009
- 4. März 2009
- 10. Juni 2009
- 9. September 2009.

Abschließend sprach die Ausschussvorsitzende den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses ihren Dank für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit im Jahr 2008 aus und wünschte allen Anwesenden ein schönes Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2009.

---

Vorsitzende

---

Schriftführer